

Geschäftsverteilungsplan
der fünf Strafsenate des Bundesgerichtshofes
für das Jahr 1954

Dem 1. Strafsenat

sind zugewiesen:

Die Revisionen in Strafsachen für die Bezirke der Oberlandesgerichte Bamberg, Karlsruhe, Koblenz, München, Neustadt a.d.W., Nürnberg, Stuttgart und des Landgerichts Darmstadt.

Dem 2. Strafsenat

sind zugewiesen:

1. Die Revisionen in Strafsachen für die Bezirke der Oberlandesgerichte Bremen, Köln, Oldenburg und des Landgerichts Krefeld;
2. a) die Untersuchungen und Entscheidungen im ersten und letzten Rechtszug in den Strafsachen aus dem gesamten Gebiet der Bundesrepublik, die in § 134 GVG n.F. bezeichnet sind,
b) die Untersuchungen und Entscheidungen im ersten und letzten Rechtszug in den Strafsachen, die die in Berlin begangenen, in § 134 GVG n.F. bezeichneten Straftaten betreffen;
3. a) die Revisionen in Strafsachen gegen die Entscheidungen derjenigen Strafkammern aus dem gesamten Gebiet der Bundesrepublik, die in § 74 a GVG n.F. bezeichnet sind,
b) die Revisionen gegen die Entscheidungen der in § 74 a GVG n.F. bezeichneten Strafkammern des Kammergerichtsbezirks Berlin-Charlottenburg mit Ausnahme derjenigen Entscheidungen, die Fälle der Verschleppung (§ 234 a StGB) und der politischen Verdächtigung (§ 241 a StGB) betreffen.

Dem 3. Strafsenat

sind zugewiesen:

1. Die Revisionen in Strafsachen für die Bezirke der Oberlandesgerichte Düsseldorf mit Ausnahme des Landgerichts Krefeld und Frankfurt a.M. mit Ausnahme des Landgerichts Darmstadt;
2. die Entscheidungen des Bundesgerichtshofes als gemeinschaftliches oberes Gericht (§§ 12 ff StPO), die Bestimmung des zuständigen Gerichts nach § 19 Abs 2 des Zuständigkeitsergänzungsgesetzes vom 7.8.1952 (BGBl I, 407) und die sonstigen Entscheidungen, die keinem anderen Strafsenat zugeteilt sind.

Dem 4. Strafsenat

sind zugewiesen:

Die Revisionen in Strafsachen für den Bezirk des Oberlandesgerichts Hamm.

Dem 5. (Berliner) Strafsenat

sind zugewiesen:

1. Die Revisionen in Strafsachen für den Bezirk des Kammergerichts Berlin-Charlottenburg und für die Bezirke der Oberlandesgerichte Braunschweig, Celle, Hamburg und Schleswig;
2. die Revisionen gegen die Entscheidungen der in § 74 a GVG n.F. bezeichneten Strafkammern des Kammergerichtsbezirks Berlin-Charlottenburg, die Fälle der Verschleppung (§ 234 a StGB) und der politischen Verdächtigung (§ 241 a StGB) betreffen.

Geschäftsverteilungsplan
der sechs Zivilsenate des Bundesgerichtshofes
für das Jahr 1954

Dem I. Zivilsenat

sind zugewiesen:

1. Alle Seesachen (HGB §§ 474 ff. nebst Seemannsordnung und § 44 der Strandungsordnung vom 17.V.1874 - RGBI S 73 -), alle Streitigkeiten aus den Reichsgesetzen über Binnenschifffahrt und Flößerei (einschließlich von Zusammenstößen von Schiffen mit Nichtschiffen) nebst Streitigkeiten über Schleppverträge und Versicherungen (einschl. von Rückversicherungen) wegen Wasser- (See- oder Fluß-) Transport allein oder in Verbindung mit Landtransport, alle Rechtsstreitigkeiten aus dem Gesetz über Rechte an eingetragenen Schiffen und Schiffsbauwerken vom 15.XI.1940 (RGBI I, S 1499), über Besitz und Eigentum an Schiffen und Schiffsbauwerken und über Ansprüche aus schuldrechtlichen Verträgen über Schiffe und Schiffsbauwerke sowie alle Rechtsstreitigkeiten über Schiffspfandrechte und Zwangsvollstreckung in Schiffe (ZVG §§ 162 ff.);
2. die Rechtsstreitigkeiten über Ansprüche aus Speditions-, Lager- und Frachtgeschäften;
3. die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Ansprüche aus Kauf und Tausch von Wertpapieren,
 - b) Ansprüche aus Besitz und Eigentum (einschl. der Fälle des § 771 ZPO), Nießbrauch und Pfandrecht (einschl. des kaufmännischen Zurückbehaltungsrechts, HGB § 369) an Wertpapieren sowie Rechtsgeschäften hierüber,
 - c) Ansprüche auf Grund des Börsengesetzes und des Gesetzes betr. die Pflichten der Kaufleute bei Aufbewahrung fremder Wertpapiere,
 - d) Ansprüche aus Kontokorrenten (HGB § 355),
 - e) Ansprüche aus Kommissionsgeschäften (HGB §§ 383 - 406);
4. die Rechtsstreitigkeiten über Ansprüche aus Kauf und Tausch von sonstigen beweglichen Sachen und Rechten, einschließlich der Ansprüche aus Werkverträgen über vertretbare Sachen, auf welche die Vorschriften über den Kauf Anwendung finden (§ 651 Abs 1 BGB), aus den Oberlandesgerichtsbezirken Bremen und Hamburg, soweit nicht V 2 f zutrifft;
5. alle Rechtsstreitigkeiten aus dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes, insbesondere über
 - a) Urheberrecht und Verlagsrecht,
 - b) Musterschutz und Patentrecht nebst Verträgen hierüber, ferner über Ansprüche gegen einen Patentanwalt aus Anlaß seiner Berufstätigkeit (Patentanwaltsgesetz vom 28.IX.1933 - RGBI I, S 669 -) einschließlich von Schadensersatzansprüchen,
 - c) Verträge über die Benutzung eines Geheimverfahrens oder die ausschließliche Verwertung nicht geschützter gewerblicher Erzeugnisse,
 - d) Warenzeichen und Ansprüche aus dem Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb, dem Rabattgesetz und der Zugabeverordnung,

- e) Firmen- und Namensrecht, soweit es sich um die Verwechslungsfähigkeit im geschäftlichen Verkehr handelt;
- 6. die Entscheidung in Fällen des § 28 des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 17.V.1898 sowie des § 14 Nr 3 des Reichsgesetzes über die Konsulargerichtsbarkeit vom 7.IV.1900 (RGBl S 213), sofern es sich um die Führung der Schiffsregister, Binnenschiffsregister und Schiffsbauregister und sonstige Befugnisse der Registerrichter oder Dispachen handelt;
- 7. die Bestimmung des zuständigen Gerichts nach § 36 ZPO und § 9 EGZPO;
- 8. die Entscheidungen nach § 159 Abs 1 des Gerichtsverfassungsgesetzes in Zivilsachen nebst § 2 des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 17.V.1898 und des § 18 des Reichsgesetzes über die Konsulargerichtsbarkeit vom 7.IV.1900 (RGBl S 213);
- 9. die Entscheidung in den Fällen des § 28 Abs 2 und des § 29 Abs 2 der BritMilRegVO Nr 165;
- 10. die Vorlagen gemäß §§ 80, 84, 86 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht.

Dem II. Zivilsenat

sind zugewiesen:

- 1. Die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Ansprüche aus Gesellschaftsverhältnissen (BGB §§ 705 bis 740) und Gemeinschaften (BGB §§ 741 bis 758);
 - b) innere Verhältnisse von Handelsgesellschaften, stillen Gesellschaften, eingetragenen Genossenschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung sowie Vereinen (auch Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit) mit Einschluß der Rechtsstreitigkeiten zwischen diesen Gesellschaften, Genossenschaften oder Vereinen und ihren Vorstandsmitgliedern oder Geschäftsführern;
 - c) Firmenrecht (HGB §§ 17 bis 37), soweit nicht I 5 e) zutrifft;
 - d) Ansprüche aus dem Erwerb eines Handelsgeschäftes (GVG § 95 Nr 4 d);
- 2. die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) die Vertragsverhältnisse der Makler (BGB §§ 652 ff) einschließlich der Handelsmakler (HGB § 93 ff), sowie der Handelsagenten (HGB §§ 84 ff);
 - b) Ansprüche aus § 354 HGB;
 - c) Wechselsachen, Schecksachen und Ansprüche aus kaufmännischen Anweisungen;
- 3. die Rechtsstreitigkeiten über Versicherungsverhältnisse, soweit nicht I 1 zutrifft;
- 4. die Rechtsstreitigkeiten über Ansprüche aus Kauf und Tausch von beweglichen Sachen und Rechten aus den Oberlandesgerichtsbezirken Bamberg, Kammergericht Berlin-Charlottenburg, Braunschweig, Celle, Düsseldorf, Frankfurt a.M. (mit Zweigstellen in Darmstadt und Kassel), Hamm, Karlsruhe, Köln, Koblenz, München, Neustadt a.d.W., Nürnberg, Oldenburg, Schleswig, Stuttgart, soweit nicht I 1, I 3 a) oder V 2 f) zutrifft;

5. die Entscheidung in Fällen des § 28 des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 17.V.1898 sowie des § 14 Nr 3 des Reichsgesetzes über die Konsulargerichtsbarkeit vom 7.IV.1900 (RGBl S 213), soweit es sich um die Führung der Handelsregister, Genossenschaftsregister und der Vereinsregister und um sonstige Befugnisse der Registerrichter handelt;
6. die Entscheidungen nach
 - a) den §§ 9, 14, 28, 31 der Ersten Durchführungsverordnung zum Aktiengesetz vom 29.IX.1937 (RGBl I S 102),
 - b) § 55 der Ersten Durchführungsverordnung zur Dividendenabgabeverordnung vom 18.VIII.1941 (RGBl I S 493);
7. die Rechtsstreitigkeiten aus dem Zuständigkeitsbereich des Deutschen Obergerichts für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet, die kraft Gesetzes auf den Bundesgerichtshof übergehen.

Dem III. Zivilsenat

sind zugewiesen:

1. Die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Ansprüche von Beamten und Militärpersonen sowie ihrer Hinterbliebenen auf Grund des Dienstverhältnisses,
 - b) Schadensersatzansprüche, sofern nicht V 2 i zutrifft,
 - aa) von Körperschaften des öffentl. Rechts gegen ihre Beamten auf Grund des Dienstverhältnisses,
 - bb) gegen Beamte aus § 839 BGB,
 - cc) gegen Körperschaften des öffentlichen Rechts auf Grund des Art 131 WeimRV und des Art 34 GrundG,
 - dd) gegen Rechtsanwälte und Notare,
 - ee) gegen Körperschaften des öffentlichen Rechts aus der Verletzung der Straßenunterhaltungspflicht oder Verkehrssicherungspflicht auf Straßen;
2. die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Ansprüche auf Entschädigung wegen
 - aa) unschuldig erlittener Untersuchungshaft oder Freispruchs im Wiederaufnahmeverfahren,
 - bb) Enteignung, soweit nicht V 2 k zutrifft, oder Aufopferung,
 - cc) Inanspruchnahmen auf Grund des Reichsleistungsgesetzes oder wegen polizeilicher Maßnahmen enteignungsähnlicher Art,
 - b) Ansprüche aus einem öffentlich-rechtlichen Verwahrungs- oder Treuhandverhältnis;
3. die Rechtsstreitigkeiten über Steuern und Stempel auf Grund von Reichs-, Bundes- und Landesgesetzen;

Dem IV. Zivilsenat

sind zugewiesen:

1. Die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Personenrecht, insbesondere Namensrecht (BGB § 12), soweit nicht I 5 e) zutrifft, einschließlich von Adel, Entmündigungen (BGB § 6), Todeserklärungen,

- b) Familienrecht
 - c) Erbrecht einschließlich von Erbschaftskäufen (BGB § 1922 ff) soweit nicht V 2 f zutrifft,
 - d) Stiftungen (BGB §§ 80 ff), Schenkungen (BGB § 516 ff), soweit nicht I 1 oder V 2 a) zutrifft, Nießbrauch an Vermögen (BGB § 1085 ff) und Leibrenten (BGB §§ 759 ff),
 - e) Leihe und Verwahrung (BGB §§ 598 ff, 688 ff), soweit nicht I 1, III 2 b) oder V 2 a) zutrifft,
 - f) Darlehen (BGB §§ 607) und abstrakte Schuldverhältnisse (BGB §§ 780 bis 808), soweit nicht I 3 c) oder d) zutrifft,
 - g) Bürgschaften (BGB §§ 765 ff), jedoch ist bei Rechtsstreitigkeiten über eine Bürgschaft für die Zuständigkeit der Bestand der Hauptverbindlichkeit maßgebend, wenn nur dieser den Gegenstand des eigentlichen Streites bildet;
2. die Entscheidungen über Rechtsbeschwerden aus dem Jugendwohlfahrtsgesetz, für welche das Reichsgericht zuständig ist (Reichsgesetz vom 9.VII.1922 - RGBI I S 633 - § 18; EG von demselben Tage - RGBI I S 647 - Art 9);
3. die Rechtsstreitigkeiten über
- a) Ansprüche aus Besitz und Eigentum an beweglichen Sachen, aus Funden (BGB §§ 965 ff) sowie auf Vorlegung von Sachen (BGB §§ 809 bis 811), soweit nicht I 1, I 3 b) oder V 2 c) zutrifft,
 - b) Ansprüche aus Nießbrauch und Pfandrecht an beweglichen Sachen und Rechten, einschließlich von kaufmännischem Zurückbehaltungsrecht (HGB § 369) und von Rechtsgeschäften hierüber, soweit nicht I 1 oder I 3 b) zutrifft,
 - c) ungerechtfertigte Bereicherung (BGB §§ 812 ff), sofern es nicht mit Rücksicht auf das neben diesen Bestimmungen anzuwendende Recht zweckmäßig erscheint, daß die Sache von dem für dieses Recht zuständigen Senat erledigt wird;
4. die Rechtsstreitigkeiten über
- a) Zwangsvollstreckung in anderes als unbewegliches Vermögen einschließlich der Klagen auf Erlaß des Vollstreckungsurteils und mit Einschluß von § 771 ZPO, dagegen mit Ausschluß von §§ 767 bis 769 ZPO, sofern nicht I 1 zutrifft,
 - b) Anfechtung von Rechtsgeschäften eines Schuldners zum Nachteil seiner Gläubiger in und außerhalb des Konkurses (KO §§ 29 bis 42 nebst § 196 und Anfechtungsgesetz vom 21.VII.1879), auch soweit Scheingeschäft behauptet wird;
5. die Entscheidung in Fällen des § 28 des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 17.V.1898 sowie des § 14 Nr 3 des Reichsgesetzes über die Konsulargerichtsbarkeit vom 7.IV.1900 (RGBI S 213), sofern nicht I 6, II 6 oder V 3 a) zutrifft;
6. die Bestimmung des zuständigen Gerichts im Falle des § 650 Abs 3 ZPO.
7. die Rechtsstreitigkeiten über Rückgriffsansprüche, die mit Rückerstattungssachen (REG-Sachen) zusammenhängen.
8. die Entscheidung über Revisionen in Angelegenheiten des Bundesergänzungsgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (BEG) v.18.9.1953 (BGBI I 1387).

Dem V. Zivilsenat

sind zugewiesen:

1. Die Entscheidung über Rechtsbeschwerden in Landwirtschaftssachen einschließlich der Entscheidungen nach dem Gesetz über das gerichtliche Verfahren in Landwirtschaftssachen vom 21.7.1953 (BGBl I, 667);
2. die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Ansprüche aus Verträgen über Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte (einschl. Vorkauf und Wiederkauf),
 - b) Pachtverhältnisse über landwirtschaftliche Grundstücke,
 - c) Ansprüche aus Besitz und Eigentum an Grundstücken und an Sachen, die mit einem Grundstück oder Gebäude in körperliche Verbindung gebracht sind, mit Einschluß von Überbau und Grenzverhältnissen (BGB §§ 912 bis 916, 919 bis 923), ferner die Rechtsstreitigkeiten aus dinglichen Vorkaufsrechten und Rechtsgeschäften darüber,
 - d) Ansprüche aus dinglichen Rechten an Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten und Rechtsgeschäften darüber,
 - e) Nachbarrecht nebst dessen Verletzung (BGB §§ 903 bis 910, GewO § 26),
 - f) Erbrecht, wenn es sich ausschließlich oder überwiegend um vom allgemeinen Recht abweichende Rechte der Erbfolge in landwirtschaftliche Grundstücke handelt,
 - g) Zwangsvollstreckung in Grundstücke mit Einschluß von Kauf und Tausch von Rechten aus dem Meistgebot (§ 81 ZVG),
 - h) Bergrechtssachen (EGBGB Art 67) einschl. der Abbaurechtssachen (EGBGB Art 68) und Wasserrechtssachen (EGBGB Art 65) einschließlich der Deich- und Sielrechtssachen (EGBGB Art 66),
 - i) Schadensersatzansprüche wegen Amtspflichtverletzung von Grundbuchbeamten in Grundbuchsachen einschließlich der Rückgriffsansprüche gegen die Beamten,
 - k) Enteignungen von Grundstücken oder Rechten an Grundstücken auf Grund von Reichs- oder Landesgesetzen (sog. klassische Enteignung) einschließlich des Preuß. Fluchtliniengesetzes vom 2.7.1875 und des Gesetzes über die Beschränkung von Grundeigentum aus Gründen der Reichsverteidigung (Schutzbereichsgesetz) vom 24.1.1934 (RGBl I S 499),
 - l) Jagd- und Fischerei-Rechte nebst Verträgen hierüber,
 - m) Wildschadensersatz,
 - n) kirchenrechtliche Verhältnisse sowie Schulbaulasten und Grabstätten (EGBGB Art 132, 133),
 - o) Familiengüter und Lehen (EGBGB Art 59);
3. die Rechtsstreitigkeiten über Miet- und Pachtverhältnisse, soweit nicht I 1 oder V 2 b) zutrifft;
4. die Entscheidung über Revisionen in Angelegenheiten des Baulandbeschaffungsgesetzes vom 3.8.1953 (BGBl I, 720);
5. die Entscheidung in den Fällen
 - a) des § 28 FGG, wenn es sich ausschließlich oder überwiegend um vom allgemeinen Recht abweichende Rechte der Erbfolge in landwirtschaftliche Grundstücke handelt,

- b) des § 79 GBO,
- c) des § 2 ZVG und des § 3 des Gesetzes zur Änderung der Vorschriften des Fideikommiß- und Stiftungsrechts vom 28. XII. 1950 (BGBl S 820).

Dem VI. Zivilsenat

sind zugewiesen:

1. Die Rechtsstreitigkeiten über

- a) Ansprüche aus unerlaubten Handlungen, soweit diese nicht dem III. Zivilsenat (III 1 b) oder dem V. Zivilsenat (V 2 e, i, m) zugewiesen sind,
- b) Ansprüche aus Unfällen, an denen ein Kraftfahrzeug, eine Eisenbahn oder eine Straßenbahn beteiligt sind, auch wenn sie auf den Beförderungsvertrag gestützt sind, jedoch mit Ausnahme der Frachtverträge über Güter (I 2),
- c) Schadensersatzansprüche auf Grund sonstiger besonderer Gesetzesvorschriften (z.B. § 302 Abs 4, §§ 717, 945 ZPO), soweit sie nicht einem anderen Senat besonders zugewiesen sind;

2. die Rechtsstreitigkeiten über

- a) Dienstverhältnisse mit Ausnahme derjenigen, die unter II 1 b oder I 5 b fallen,
- b) Auftragsverhältnisse (BGB §§ 662 ff) und Geschäftsführung ohne Auftrag (BGB §§ 677 ff),
- c) Werkverträge, soweit nicht I 4 zutrifft;

3. die Rechtsstreitigkeiten über

- a) Schiedsverträge und Schiedssprüche (ZPO §§ 1025 ff nebst § 274 Abs 2 Nr 3),
- b) Vergleiche, sofern es nicht mit Rücksicht auf das angewendete Recht zweckmäßig erscheint, daß die Sache von dem für dieses Recht zuständigen Senat erledigt wird;

4. alle Rechtsstreitigkeiten und Entscheidungen, die nicht einem Senat besonders zugewiesen sind.

Schlußbestimmungen

- I. Erachtet ein Senat vor mündlicher Verhandlung einer bei ihm anhängig gemachten Sache einstimmig, daß sie nach der Art des anzuwendenden Rechts vor einen anderen bestimmten Senat gehöre, so ist sie dorthin abzugeben, falls nicht die Abgabe aus besonderen Gründen unzweckmäßig erscheint. Der Abgabebeschluß ist für den Senat, an den die Sache verwiesen ist, bindend. Nach Anberaumung des Termins zur mündlichen Verhandlung ist eine Abgabe ausgeschlossen.
- II. Kommen für den in der Revisionsinstanz noch streitigen Teil eines Rechtsstreits entscheidend auch Fragen aus einem Rechtsgebiet in Betracht, für das nicht der Senat, bei dem die Sache anhängig ist und vor den sie nach dem Geschäftsverteilungsplan gehört, sondern ein anderer Senat zuständig ist, so kann, wenn das aus besonderen Gründen zweckmäßig erscheint, die Sache an diesen Senat mit dessen Zustimmung abgegeben werden.

- III. Rechtsstreitigkeiten, in denen ein Senat ein Urteil erlassen hat und die nochmals, wenn auch wegen eines anderen Teils desselben Anspruchs, sei es in dem bisherigen oder in einem neuen Prozeß, an den Bundesgerichtshof gelangen, gehören vor jenen Senat, selbst wenn inzwischen eine Änderung der Geschäftsverteilung Platz gegriffen hat. Die Sache kann jedoch dem nach dem Geschäftsverteilungsplan an sich zuständigen Senat mit dessen Zustimmung zugewiesen werden, wenn besondere Gründe hierfür sprechen.
- IV. Für Vertragshilfesachen aus dem Vertragshilfegesetz vom 26.3.1952 (BGBI I S 198) ist jeweils derjenige Zivilsenat zuständig; zu dessen Rechtsgebiet die zu regulierende Verbindlichkeit gehört. Sind mehrere Verbindlichkeiten zu regulieren, so entscheidet die dem Betrage nach höchste Verbindlichkeit.
- V. Rechtsbeschwerden nach § 56 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten vom 25.3.1952 (BGBI I S 177) sind im Hinblick auf die Geschäftsverteilung wie Revisionen zu behandeln.

A n h a n g

zum Geschäftsverteilungsplan des Bundesgerichtshofes für das Jahr 1954

A. Besetzung der Senate des Bundesgerichtshofes nach dem Stand vom 7.1.1954

Zivilsenate

I. Zivilsenat	
Chefpräsident	Dr. Weinkauff
Bundesrichter	Wilde (stellv. Sen. Vors.)
"	Dr. Birnbach
"	Dr. Bock
"	Dr. Krüger-Nieland
"	Dr. Nastelski
"	Dr. Christoph.
"	Dr. Weiß
Jur. Hilfsarbeiter	Landgerichtsrat Dr. Bepler
II. Zivilsenat	
Senatspräsident	Dr. Canter
Bundesrichter	Dr. Drost
"	Dr. Selowsky
"	Dr. Delbrück
"	Dr. Haidinger
"	Dr. Fischer
"	Dr. Kuhn
"	Artl
Jur. Hilfsarbeiter	Landgerichtsrat Pikart
III. Zivilsenat	
Senatspräsident	Prof. Dr. Geiger
Bundesrichter	Dr. Pagendarm
"	Rietschel
"	Dr. Weber
"	Dr. Kreft
"	Dr. Wolany
"	Dr. Beyer
"	Dr. Hussla
Jur. Hilfsarbeiter	Landgerichtsrat Städter
IV. Zivilsenat	
Senatspräsident	Schmidt
Bundesrichter	Ascher
"	Raske
"	Johannsen
"	Dr. Kregel
"	Dr. von Werner
"	Scheffler
"	Wüstenberg
Jur. Hilfsarbeiter	
V. Zivilsenat	
Senatspräsident	Dr. Tasche x
Bundesrichter	Dr. von Normann
"	Dr. Hückinghaus
"	Dr. Heck
"	Schuster
"	Dr. Oechler
"	Dr. Piepenbrock
"	Dr. Großmann
Jur. Hilfsarbeiter	Landgerichtsrat Dr. Brunstäd

1954

VI. Zivilsenat

Senatspräsident
Bundesrichter

"

"

"

"

"

"

Jur. Hilfsarbeiter

Prof. Dr. Meiß
Dr. Kleinewefers
Dr. Gelhaar
Dr. Meyer
Hanebeck
Dr. Bode
Dr. Hauß
Dr. Kaul

Landgerichtsrat Walter

Strafsenate

1. Strafsenat

Senatspräsident
Bundesrichter

"

"

"

"

"

Jur. Hilfsarbeiter

Dr. Hörchner
Dr. Peetz
Mantel
Glanzmann
Dr. Jagusch
Dr. Heimann-Trosien
Dr. Schalscha
Amtsgerichtsrat Dr. Tröndle

2. Strafsenat

Senatspräsident
Bundesrichter

"

"

"

"

"

"

Jur. Hilfsarbeiter

Dr. Moericke
Dr. Dötterweich
Werner
Dr. Sauer
Dr. Baldus
Dr. Ludwig
Dr. Willms
Dr. Menges
Landgerichtsrat Hennke

3. Strafsenat

Senatspräsident
Bundesrichter

"

"

"

"

"

Jur. Hilfsarbeiter

Dr. Rotberg
Krauß
Dr. Koeniger
Prof. Dr. Busch
Scharpenseel
Dr. Arndt
Dr. Maass
Amtsgerichtsrat Mayr

4. Strafsenat

Senatspräsident
Bundesrichter

"

"

"

"

"

Jur. Hilfsarbeiter

Dr. Groß
Krumme
Dr. Engels
Dr. Hülle
Dr. Augustin
Martin
Dr. Seibert
Landgerichtsrat Erbs

5. Strafsenat (Berlin)

Senatspräsident
Bundesrichter

"

"

"

"

"

Dr. Geier
Sarstedt
Dr. Koffka
Schmidt
Siemer
Schmitt
Dr. Börker

B. Sitzungstage und Sitzungssäle der Senate des Bundesgerichtshofes

Zivilsenate

I.	Zivilsenat	Sitzungstage:	Dienstag u. Freitag,	Sitzungssaal	Nr.	223
II.	"	"	Mittwoch u. Sonnabend	"	"	222
III.	"	2	Montag u. Donnerstag	"	"	222
IV.	"	"	Montag u. Donnerstag	"	"	223
V.	"	"	Dienstag u. Freitag	"	"	222
VI.	"	"	Mittwoch u. Sonnabend	"	"	223

Strafsenate

1.	Strafsenat	Sitzungstage:	Dienstag u. Freitag,	Sitzungssaal	Nr.	122
2.	"	"	Dienstag u. Freitag	"	Nr.	123
3.	"	"	Montag u. Donnerstag	"	Nr.	122
4.	"	"	Montag u. Donnerstag	"	Nr.	123
5.	" (Berlin)	"	Dienstag u. Freitag	"	Nr.	122

C. Auszug aus der Geschäftsordnung des Bundesgerichtshofes

§ 1

S e n a t e

(1) ...

(2) ...

(3) Jedes Mitglied des Bundesgerichtshofes muß einem Senat als ständiges Mitglied angehören. Jeder Senat muß einschließlich des Vorsitzenden aus mindestens fünf ständigen Mitgliedern bestehen.

§ 2

P l e n u m

Vor das Plenum gehören außer der durch § 140 GVG ihm überwiesenen Angelegenheit die Beratung und Beschlußfassung über eine beim Bundesrat vorzuschlagende Änderung oder Ergänzung der Geschäftsordnung sowie über diejenigen den Geschäftsgang betreffenden Angelegenheiten, die der Präsident vor das Plenum verweist.

§ 3

P r ä s i d i u m

Das Präsidium beschließt in den ihm durch das Gesetz oder durch diese Geschäftsordnung zugewiesenen Angelegenheiten. Es entscheidet außerdem im Zweifelsfall, vor welchen Senat eine Sache gehört.

§ 4

P r ä s i d e n t

(1) Dem Präsidenten liegen neben den Geschäften, die ihm als Vorsitzenden des Plenums, des Präsidiums, der Großen Senate, der Vereinigten Großen Senate und eines einzelnen Senats zukommen, die Leitung und die Beaufsichtigung des ganzen Geschäftsganges ob.

(2) Der Präsident verteilt die Geschäftsräume und die für die regelmäßigen Sitzungen bestimmten Wochentage auf die Senate.

(3) Der Präsident regelt die Verteilung der Geschäfte unter die nichtrichterlichen Beamten des Gerichts. Er ist im Sinne der beamtenrechtlichen Vorschriften Vorgesetzter und Dienstvorgesetzter der nichtrichterlichen Angehörigen und Dienstvorgesetzter der richterlichen Mitglieder des Bundesgerichtshofes. Bei disziplinären Maßnahmen gegen die richterlichen Mitglieder des Bundesgerichtshofs soll er das Präsidium hören; handelt es sich jedoch um bloße Vorermittlungen, so kann er, auf Antrag des Betroffenen soll er das Präsidium hören.

(4) Soweit nicht gesetzliche Vorschriften oder solche Vorschriften gelten, die der Bundesminister der Justiz auf Grund von Gesetzen erlassen hat, erläßt der Präsident die Bestimmungen über die zu führenden Geschäftsbücher, Register und Listen.

(5) Dem Präsidenten steht die Verfügung in allen Verwaltungsangelegenheiten zu, vor allem in denjenigen, die das Haushaltswesen, die Geschäftsräume, die Vervollständigung der Bibliothek und sonstige Anschaffungen betreffen.

§ 5

Vertretung des Präsidenten

In den Angelegenheiten, für die eine Vertretung des Präsidenten nicht durch das Gesetz geordnet ist, vertritt ihn der dienstälteste Senatspräsident.

§ 6

Gutachten

Hat der Bundesgerichtshof Gutachten, insbesondere über Gesetzgebungsfragen, zu erstatten, so bestimmt das Präsidium des Bundesgerichtshofs, welche Stelle innerhalb des Bundesgerichtshofes die gutachtliche Äußerung abzugeben hat. Es kann dazu bestimmen entweder den einzelnen oder die mehreren Senate, zu deren Zuständigkeit die Gutachterfrage gehört, oder den betreffenden Großen Senat oder eine von ihm aus den Mitgliedern des Bundesgerichtshofs zu bildende Gutachterkommission oder in Ausnahmefällen die Vereinigten Großen Senate oder das Plenum.

§ 7

Sitzungen

(1) Die Sitzungen der Senate finden wöchentlich an den ein für allemal bestimmten Tagen statt, unter Vorbehalt außerordentlicher Sitzungen, die durch die Umstände nötig werden.

(2) Die außerordentlichen Sitzungen der Senate sowie die Sitzungen des Plenums, der Großen Senate und der Vereinigten Großen Senate werden von den Vorsitzenden nach Bedürfnis einberufen.

(3) An Sonntagen und allgemeinen Feiertagen finden Sitzungen nur in Notfällen statt.

§ 8

Berichterstatter

(1) Bei der Revision in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und in Strafsachen ernennt der Vorsitzende des Senats einen Berichterstatter, und zwar in der Regel, nachdem er Termin zur mündlichen Verhandlung anberaumt hat. Der Berichterstatter stellt spätestens 1 Woche vor dem Ver-

handlungstermin dem Vorsitzenden eine schriftliche Bearbeitung der Sache mit den Akten zu. Dem Vorsitzenden steht es frei, vor dem Verhandlungstermin eine weitere vorbereitende Bearbeitung der Sache durch einen zweiten Berichterstatter anzuordnen oder die Akten bei den Senatsmitgliedern mit dem Ursuchen umlaufen zu lassen, zu einzelnen bestimmt bezeichneten Rechtsfragen schriftlich Stellung zu nehmen.

(2) Wird die Revision durch Beschluß erledigt, so genügt ein mündlicher Vortrag des Berichterstatters.

(3) Die Vorschriften des Abs. 1 sind sinngemäß anzuwenden:

1. bei Berufungen in Patentsachen,
2. bei Beschwerden, die gemäß § 28 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit oder gemäß § 79 der Grundbuchordnung dem Bundesgerichtshof zur Entscheidung vorgelegt werden,
3. bei Rechtsbeschwerden in Landwirtschaftssachen, sofern es sich nicht um unzulässige Rechtsbeschwerden handelt,
4. bei anderen Beschwerden und Entscheidungen, wenn ein Termin zur mündlichen Verhandlung angesetzt wird; geht der Entscheidung eine mündliche Verhandlung nicht voraus, so wird auf mündlichen Vortrag des vom Senatsvorsitzenden zu bestellenden Berichterstatters entschieden, jedoch ist eine vorbereitende Bearbeitung nicht ausgeschlossen.

(4) In Strafsachen, für die der Bundesgerichtshof in erster und letzter Instanz zuständig ist (§ 134 GVG), ist die Vorschrift des Abs. Satz 1 sinngemäß anzuwenden.

§ 9

G r o s s e S e n a t e

(1) In den Fällen der §§ 136, 137 GVG, hat der Senat, der die Entscheidung eines Großen Senats oder der Vereinigten Großen Senate einholen will, die zu entscheidenden Rechtsfragen in einem Beschluß festzustellen und mit diesem Beschluß auch die Akten der Rechtssache dem Vorsitzenden des Großen Senats oder der Vereinigten Großen Senate zuzustellen. Im Falle des § 136 GVG hat jedoch der Senat, der von der Entscheidung eines anderen Senats abweichen will, zunächst bei diesem anzufragen, ob er der Abweichung zustimmt; wenn der andere Senat zustimmt, so bedarf es keiner Entscheidung des großen Senats oder der Vereinigten Großen Senate.

(2) Der Vorsitzende des Großen Senats oder der Vereinigten Großen Senate leitet den Beschluß und die Akten dem Oberbundesanwalt, wenn dieser zu hören ist, zur schriftlichen Stellung seiner Anträge vor der Berichterstattung zu.

(3) Es werden zwei Berichterstatter ernannt, von denen der eine dem Senat angehören muß, der die Entscheidung des Großen Senats oder der Vereinigten Großen Senate einholt. Handelt es sich um eine Entscheidung der Vereinigten Großen Senate, so ist, wenn der erste Berichterstatter einem Zivilsenat angehört, als zweiter Berichterstatter ein Mitglied eines Strafsenats zu bestellen und umgekehrt.

(4) Die Berichte sind schriftlich zu erstatten. Eine Abschrift der Berichte und der Anträge des Oberbundesanwalts ist vor der Sitzung jedem Mitglied mitzuteilen, das zur Mitwirkung an der Entscheidung berufen ist. Der Oberbundesanwalt ist von der Sitzung rechtzeitig zu benachrichtigen.

(5) Über das Ergebnis der Beratung hat ein vom Vorsitzenden zu bestimmendes Mitglied des Großen Senats oder der Vereinigten Großen Senate eine Niederschrift aufzunehmen.

(6) Die Entscheidung des Großen Senats oder der Vereinigten Großen Senate ergeht in Form eines Beschlusses mit Entscheidungsgründen; der Beschluß muß die Namen der Richter, die mitgewirkt haben, und den angenommenen Rechtssatz enthalten und ist von den Richtern zu unterzeichnen. Der Beschluß kann auch dahin lauten, daß die Entscheidung der Rechtsfragen mangels der Voraussetzungen der §§ 136, 137 GVG abgelehnt wird.

Nachtrag

zum Geschäftsverteilungsplan
des Bundesgerichtshofes
für das Jahr 1954

In dem Anhang zum Geschäftsverteilungsplan des Bundesgerichtshofes für 1954 ist bei der Besetzung des 2. Strafsenats einzufügen:

Bundesrichter Henneke (stellvertretender Vorsitzender).